Stand: 06.11.2025 23:30:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19313

"Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/19313 vom 30.11.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20732 des BU vom 08.02.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/20863 vom 22.02.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 22.02.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.11.2017 Drucksache 17/19313

Antrag

der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann SPD

Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt den Umgang von Kuwait Airways mit israelischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern auf das Schärfste. Antisemitische oder anderweitig diskriminierende Gesetze verstoßen gegen das Diskriminierungsverbot, das in Art. 3 des Grundgesetzes (GG) und in Art. 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) eindeutig festgelegt ist. Unabhängig von ihrem nationalen Bestand dürfen derartige Gesetze auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in der Europäischen Union keine Wirkung entfalten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Grundrecht auch im Flugverkehr Geltung zu verschaffen, nötigenfalls durch Entzug von Startund Landerechten.

Ferner fordert der Landtag die Staatsregierung auf, zusammen mit den anderen Anteilseignern bayerischer Flughäfen gegenüber Kuwait Airways diese Haltung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen und nötigenfalls rechtliche Schritte gegen diskriminierendes Geschäftsgebaren einzuleiten.

Begründung:

Die jüngst bekannt gewordene Weigerung von Kuwait Airways, unter Berufung auf ein kuweitisches Gesetz einen Passagier mit israelischer Staatsbürgerschaft von Frankfurt aus zu befördern, weist über den aktuellen Fall hinaus. Ein solches Geschäftsgebaren steht generell im Widerspruch zu geltenden Grundrechten in der EU und in der Bundesrepublik Deutschland und erfordert eine entsprechende politische Reaktion.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

08.02.2018 Drucksache 17/20732

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Drs. 17/19313

Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- In Absatz 2 werden nach dem Wort "auf," die Wörter "zu prüfen, ob es möglich ist," eingefügt.
- In Absatz 3 wird das Wort "nötigenfalls" gestrichen und durch die Wörter "darauf hinzuwirken, im Falle derartigen Verhaltens" ersetzt.

Berichterstatter: Georg Rosenthal Mitberichterstatter: Dr. Franz Rieger

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundesund Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
- Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit

- der Maßgabe, dass der Absatz 3 folgende Fassung erhält: "Ferner fordert der Landtag die Staatsregierung auf, gegenüber Kuwait Airways diese Haltung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen und darauf hinzuwirken, dass in derartigen Fällen diskriminierendes Geschäftsgebaren unterbunden wird."
- Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 8. Februar 2018 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Franz RiegerVorsitzender

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.02.2018 Drucksache 17/20863

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann SPD

Drs. 17/19313, 17/20732

Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken

Der Landtag verurteilt den Umgang von Kuwait Airways mit israelischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern auf das Schärfste. Antisemitische oder anderweitig diskriminierende Gesetze verstoßen gegen das Diskriminierungsverbot, das in Art. 3 des Grundgesetzes (GG) und in Art. 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) eindeutig festgelegt ist. Unabhängig von ihrem nationalen Bestand dürfen derartige Gesetze auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in der Europäischen Union keine Wirkung entfalten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, zu prüfen, ob es möglich ist, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Grundrecht auch im Flugverkehr Geltung zu verschaffen, nötigenfalls durch Entzug von Start- und Landerechten.

Ferner fordert der Landtag die Staatsregierung auf, gegenüber Kuwait Airways diese Haltung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen und darauf hinzuwirken, dass in derartigen Fällen diskriminierendes Geschäftsgebaren unterbunden wird.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 3, 8 und 11, die auf Wunsch der Abgeordneten bzw. der Fraktionen im Plenum am 14. März beraten werden sollen. Die Anträge betreffen die Kennzeichnungspflicht bzw. die individuelle Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten.

Über die übrigen Listennummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind zurzeit nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

zur 124. Vollsitzung am 22. Februar 2018

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD Änderung der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWO) Drs. 17/2777, 17/20570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Gut leben in der Stadt IV Reduzierung der Abgas- und Feinstaubbelastung durch Industrieanlagen Drs. 17/16632, 17/20555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm Kennzeichnungspflicht für bayerische Polizeibeamte Drs. 17/18990, 17/20550 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

Anlage 1
zur 124. Vollsitzung am 22. Februar 2018

4.	Antrag der Abgeordne Kathi Petersen u. a. Si Berichtsantrag zu den Drs. 17/19009, 17/207	PD Auswirkungen von Isc		,
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
5.	Antrag der Abgeordne Gisela Sengl u. a. und Bericht zu pflanzenger Drs. 17/19084, 17/205	Fraktion (BÜNDNIS 9 netischen Ressourcen	0/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
6.	Antrag der Abgeordnet Gudrun Brendel-Fische Förderung von Bewäs Drs. 17/19159, 17/205	er u. a. CSU serungsprojekten	of, Angelika Schorer,	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
7.	Dringlichkeitsantrag de Josef Zellmeier u. a. u Keine Anwendung ant Drs. 17/19239, 17/207	nd Fraktion (CSU) isemitischer kuwaitisch		
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z	Z
			_	

zur 124. Vollsitzung am 22. Februar 2018

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
 Individuelle Kennzeichnung von Polizisten in geschlossenen Verbänden Drs. 17/19244, 17/20548 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Autobahndirektionen stärken Drs. 17/19245, 17/20602 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Klares Bekenntnis gegen die Anwendung antisemitischer Gesetze des Emirates Kuwait in Deutschland Drs. 17/19258, 17/20730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kennzeichnungspflicht für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern Drs. 17/19264, 17/20549 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen Drs. 17/19292, 17/20729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

13.				
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauc	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	团	Z	团	Z
14.				treibl,
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauc	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
15.	Angelika Schorer u. a. Rückgang von heimisch	chen Insekten und Vög n der Ursachenforschu	geln stoppen –	opf,
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauc	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	团			
16.	Dr. Christian Magerl u	eten Katharina Schulze . a. und Fraktion (BÜN nen zum Eindämmen o 123 (E)	IDNIS 90/DIE GRÜNEI	N) n Bayern
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauc	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z	Z

zur 124. Vollsitzung am 22. Februar 2018

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Abschiebung in Krieg und Verfolgung – Abschiebestopp nach Syrien verlängern Drs. 17/19496, 17/20557

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Eine Entwicklungsperspektive für die klassische Ballettausbildung in Bayern: Nachwuchsförderung zukunftssicher gestalten – ein Ballettinternat auch für Bayern!
 Drs. 17/18590, 17/20718 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein antisemitischer Israel-Boykott nach kuwaitischem Recht in Deutschland Drs. 17/19246, 17/20733 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
 Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken Drs. 17/19313, 17/20732 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z